



Eberhard Gienger: Berlin Aktuell

Liebe Leserinnen und Leser,
in dieser Sitzungswoche stand der Bundeshaushalt 2018 im Mittelpunkt. In erster Lesung haben wir den Regierungsentwurf beraten. Aus meiner Sicht ein guter Haushalt, der solide finanziert ist und wir werden auch erneut keine neuen Schulden aufnehmen. Die verantwortungsvolle Haushaltspolitik von Wolfgang Schäuble wird fortgesetzt.

Als Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung freue ich mich über den erneuten Rekordhaushalt im Bereich Bildung und Forschung. Damit unterstreichen wir, dass den hier stattfindenden Weichenstellungen für die Zukunft Rechnung getragen wird. 17,6 Milliarden Euro sind ein deutliches Zeichen wie wichtig uns dieser Bereich ist. Investitionen für Bildung und Forschung sind Investitionen für Wirtschaftskraft und Wohlstand.

Die wichtigste Ressource unseres Landes sind exzellent ausgebildete und innovative Köpfe. Der Haushalt 2018 zeigt erneut: Die Union ist der Garant für diese

Zukunftsinvestitionen. Seit 2005 haben wir die Ausgaben für Bildung und Forschung um 132 Prozent gesteigert. Diesen Kurs setzen wir mit dem Haushalt 2018 fort.

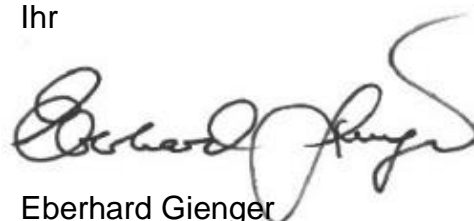
Unser Ziel für 2025 ist, dass 3,5 Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung investiert werden. Hierzu genügt aber nicht allein die Steigerung der Mittel.

In Zukunft wird es darum gehen, den Transfer von der Forschung in die Praxis noch stärker in den Blick zu nehmen und zu einem festen Bestandteil der Forschungsförderung zu machen. Vor allem die großen Forschungsorganisationen müssen diese Bringschuld erfüllen.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Pfingstwochenende,

mit besten Grüßen

Ihr



Eberhard Gienger

Gemeinsame Klausur der Geschäftsführenden Fraktionsvorstände.

Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland erwarten zu Recht, dass wir uns um die großen und zukunftsweisenden Fragen, aber auch um ihre konkreten Sorgen kümmern. In diesem Sinne sind unsere Beschlüsse zu verstehen.

Im Mittelpunkt unserer Entscheidungen steht die Wohnrauminitiative, die das Baukindergeld, die Sonder-Abschreibung für Mietwohnungsneubau und Änderungen im Mietrecht umfasst. Den Eigentumserwerb für junge Familien fördern wir, indem wir rückwirkend zum 1. Januar 2018 das Baukindergeld für den Neubau oder den Erwerb einer selbst genutzten Bestandsimmobilie einführen. Pro Kind und Jahr erhält nun jede Familie 1.200 Euro für einen Zeitraum von zehn Jahren. Für eine Familie mit zwei Kindern ergibt sich damit über zehn Jahre ein Betrag von 24.000 Euro.

Recht auf das Baukindergeld hat jede Familie, die in Deutschland zum ersten Mal eine Immobilie neu baut oder erwirbt. Das zu versteuernde Jahreseinkommen darf dabei 90.000 Euro bei einer Familie mit einem Kind nicht übersteigen. Pro weiteres Kind erhöht sich dieser Betrag um 15.000 Euro. Anträge sollen ab August 2018 bei der KfW gestellt werden können. Weitere Bestandteile der Wohnrauminitiative sind Verbesserungen und Klarstellungen bei der Mietpreisbremse und sowie steuerliche Anreize für den Neubau von Wohnungen im bezahlbaren Mietsegment.

Fortschritte beim Breitbandausbau.

Ungeachtet der häufig geäußerten Kritik am Breitbandausbau geben viele Internetnutzer in einer Verbraucherumfrage des Digitalverbandes Bitkom an, Fortschritte im Ausbau der deutschen Breitbandnetze zu

sehen. Zwei Drittel der befragten Haushalte bestätigen, dass sich die Verfügbarkeit von schnellem Internet über die letzten fünf Jahre verbessert habe. Gleichzeitig fordern 91 Prozent, dem Breitbandausbau oberste Priorität einzuräumen. 77 Prozent fordern Gigabit-Anschlüsse für alle Internetnutzer bis 2025. Die Bereitschaft zu höheren Ausgaben für mehr Bandbreite ist jedoch eher gering. So lehnen vier von zehn Haushalten ab, für schnelles Internet mehr zu bezahlen als bisher. Dabei unterscheidet sich die Zahlungsbereitschaft in weniger gut versorgten ländlichen Räumen nicht von gut versorgten Großstädten. Den restlichen Befragten wäre ein Gigabitanschluss im Schnitt zusätzlich 14 Euro pro Monat wert. Momentan betragen die monatlichen Ausgaben für Internet, in der Regel einschließlich Telefonie, 34 Euro.

(Quelle: Bitkom)

Presse

Ausschreibung für EU-WLAN-Förderung für Kommunen startet in Kürze

MdB Gienger: Schon 4 Kommunen aus dem Wahlkreis Neckar-Zaber registriert

In wenigen Tagen erfolgt der erste Förderaufruf für das neue EU-WLAN-Programm. Wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Eberhard Gienger in einer Pressemitteilung ankündigt, startet die Ausschreibung am 15. Mai 2018 um punkt 13 Uhr. Interessierte Kommunen können sich jetzt schon auf dem EU-Portal registrieren, indem sie zunächst ein einfaches Formular ausfüllen. Die eigentliche Antragstellung erfolgt dann ab dem genannten Zeitpunkt. Entscheidend: Dabei werden die Bewerbungen in Reihenfolge des Eingangs bewilligt. Pro Land sollen mindestens 15 Anträge genehmigt werden. Weitere Bewerbungsaufrufe im Rahmen des 120-

Millionen-Euro-Programms sollen in 2018 und 2019 folgen.

„4 Kommunen haben sich bislang registriert“, so Gienger. „Ich rufe alle weiteren Städte und Gemeinden im Neckar-Zaber dazu auf, sich baldmöglichst auf der Plattform anzumelden und die Chance auf finanzielle Förderung eines öffentlichen Hotspots zu nutzen.“

Europaweit ist das neue Programm auf großes Interesse gestoßen: In den vergangenen Wochen haben sich rund 15.800 Kommunen angemeldet, darunter über 2.200 aus Deutschland. Aus Giengers Wahlkreis stehen folgende Kommunen auf der Liste der registrierten Bewerber: Affalterbach, Freiberg am Neckar, Großbottwar und Tamm.

„Der erste Förderaufruf richtet sich ausschließlich an Gemeinden oder Gemeindeverbände“, betont der Abgeordnete. Dabei werden Gutscheine in Höhe von je 15.000 Euro für die Geräte- und Installationskosten eines WLAN-Hotspots vergeben. Die Kommunen müssen im Gegenzug drei Jahre lang die Kosten für Wartung und Betrieb sowie eine Internetverbindung übernehmen. „Weitere Ausschreibungsrunden sollen auch öffentlichen Stellen wie Bibliotheken oder Gesundheitszentren offen stehen“, so Gienger weiter. „Ziel ist es, europaweit schnelles Internet für jedermann kostenfrei zur Verfügung zu stellen.“ Mehr zum Programm findet man auf www.wifi4eu.eu/#/home.

Gienger ergänzt aktuell in diesem Zusammenhang: „Um den flächendeckenden Breitbandausbau voranzutreiben, hat das Bundeskabinett in der letzten Woche zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1,15 Milliarden Euro im Bundeshaushalt

2018 eingeplant. Vorgesehen ist ein neuer Digitalfonds.“

Mit dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm als junge Botschafter in die USA

Der Deutsche Bundestag vergibt wieder Stipendien für ein Auslandsjahr in den USA. Bis zum 14. September 2018 können sich Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige für ein Stipendium des Parlamentarischen Patenschafts-Programms für das Austauschjahr 2019/2020 bewerben.

Das Parlamentarische Patenschafts-Programm ist ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des US-Kongresses für junge Deutsche und US-Amerikaner. Der CDU Bundestagsabgeordnete Eberhard Gienger hat im Wahlkreis Neckar-Zaber in den vergangenen Jahren bereits 16 Patenschaften übernommen. Nelly Rennstich, die Teilnehmerin für das diesjährige Austauschprogramm, wird Anfang August in die USA abreisen.

Die deutschen Schülerinnen und Schüler besuchen in den USA eine High School, die jungen Berufstätigen gehen auf ein College und absolvieren anschließend ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb. Die Stipendiaten leben während des Austauschjahrs in Gastfamilien. Gleichzeitig verbringen Stipendiatinnen und Stipendiaten aus den USA ein Austauschjahr in Deutschland.

Die Stipendiaten lernen den Alltag, die Kultur und die Politik des anderen Landes kennen. Zugleich vermitteln sie als Junior-Botschafter ihre Erfahrungen, Werte und Lebensweise aus ihrem Land.

Das PPP-Stipendium umfasst die Kosten für die Reise, Vorbereitung und Betreuung sowie notwendige Versicherungen.

In Deutschland nominieren die Bundestagsabgeordneten in den Wahlkreisen die PPP-Stipendiatinnen und Stipendiaten nach einer unabhängigen Vorauswahl und übernehmen für sie eine Patenschaft. Im Dezember 2018 entscheidet sich, welches Mitglied des Bundestages in einem Wahlkreis parlamentarischer Pate für das Austauschjahr 2019/2020 wird.

Bewerben können sich alle Schülerinnen und Schüler die/der am 31.07.2019, dem Tag der Ausreise mindestens 15 und höchstens 17 Jahre alt ist (Geburtstage vom 01.08.2001 bis 31.07.2004),

oder

jede/r junge Berufstätige und Auszubildende mit erstem Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland, die/der am 31. Juli 2019 ihre/seine Berufsausbildung abgeschlossen hat und höchstens 24 Jahre alt ist. (Geburtstage nach dem 31. Juli 1994)

Interessierte junge Leute, die im Bundestagswahlkreis 266 (Neckar-Zaber) wohnen, erhalten einen Informationsflyer über das Wahlkreisbüro Eberhard Gienger MdB, Pleidelsheimer Str. 11 in 74321 Bietigheim-Bissingen, Tel.: 07142 / 918991 E-Mail:

eberhard.gienger@wk.bundestag.de

Besucher



In dieser Sitzungswoche war die Klasse 10Rd der Sophie La Roche-Realschule Bönningheim zu Gast im Bundestag.



Im Rahmen des Know-how Transfers zwischen Wirtschaft und Bundestag waren 4 Wirtschaftsunioren aus dem Wahlkreis diese Woche in Berlin.

Termine

Montag, 28.05.2018

15:00 Uhr - 17:00 Uhr: Bürgersprechstunde, Wahlkreisbüro, Pleidelsheimer Strasse 11, 74321 Bietigheim-Bissingen. Anmeldung ist nicht erforderlich.

18:30 Uhr: Landesfachausschuss Sport der CDU Ba-Wü, Stuttgart

Weitere Termine finden Sie auf der Homepage www.gienger-mdb.de